



Vorlage zur Verbandsversammlung am 25.08.2020

TOP 11 Erhebung von abgabenrechtlichen Nebenleistungen auf Beitragsforderungen

I. Allgemeines:

Mit **Beschluss vom 24.02.2016 – DS 08 b/2016** hat die Verbandsversammlung des WAZV „Der Teltow“ die Aussetzung der Vollziehung nicht bestandskräftiger Beitragsbescheide aufgrund der Entscheidung des BVerfG vom 12.11.2015 festgelegt.

Gemäß § 80 Abs. 4 S. 3 VwGO soll die Aussetzung der Vollziehung eines Bescheides über Abgaben erfolgen, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit des mit einem Widerspruch angegriffenen Verwaltungsakt bestehen oder wenn die Vollziehung für den Abgabepflichtigen eine unbillige nicht durch überwiegende öffentliche Interessen gebotene Härte zur Folge hätte.

Die Anfang des Jahres 2016 erlassenen **Bescheide über die Aussetzung der Vollziehung** enthielten keinen Verzicht auf die Erhebung von Aussetzungszinsen. Am Ende dieser Bescheide wurde lediglich daraufhin gewiesen, dass mit Erhalt dieses Bescheides die Zahlungsverpflichtung ausgesetzt wird.

Die Frage, ob Grundstücke, bei denen die tatsächliche und rechtlich gesicherte Anschlussmöglichkeit an die öffentliche Entwässerungsanlage des WAZV „Der Teltow“ erst nach dem 31.12.1999 gegeben war und gegen den nachveranlagten Beitragsbescheid aus dem Jahr 2015 frist- und formgerecht Widerspruch eingelegt wurde, auch unter den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 12.11.2015 (Az. 1 BvR 2961/14) fallen oder nicht, ist durch die Entscheidung des OVG Berlin-Brandenburg vom 11.02.2016 – OVG 9 B 1/16 und die Entscheidung des VG Potsdam vom 22.02.2017 – VG 8 K 386/16 hinreichend geklärt worden.

Aussetzungszinsen können jedoch erst erhoben werden, wenn der Abgabenschuldner im Rechtsbehelfsverfahren endgültig unterliegt – also ein bestandskräftiger Bescheid / Widerspruchsbescheid vorliegt. Aufgrund der seit 2017 eindeutigen Rechtslage im Land Brandenburg zu Beitragserhebungen mit einer Anschlussmöglichkeit ab 2000 sind sodann sukzessive Widerspruchsbescheide durch den WAZV ergangen.

Nach Bestandskraft der Bescheide / Widerspruchsbescheide hat der WAZV „Der Teltow“ bereits ca. **150 Zinsbescheide festgesetzt**. Davon wurden fast 90 % bezahlt (ca. 33 T€).

Insgesamt sind nur noch wenige Widerspruchsverfahren offen, in denen nach Bestandskraft der Bescheide Aussetzungszinsen und teilweise auch Säumniszuschläge zu erheben sind.

Aktuell liegen **10 Widersprüche** gegen die Festsetzung von Zinsen (sowohl Aussetzungszinsen als auch Säumniszuschläge) vor, deren Bearbeitung zunächst bis zur nächsten Verbandsversammlung des WAZV zurückgestellt wurde.

II. Rechtsgrundlage:

1. Aussetzungszinsen:

Rechtsgrundlage für die Erhebung von Aussetzungszinsen ist § 12 Abs. 1 Nr. 5 KAG i. V. m. §§ 237, 238 Abgabenordnung (AO). Aussetzungszinsen können erst nach Erfolglosigkeit des Rechtsbehelfs, mithin nach Bestandskraft des Widerspruchsbescheides für den Beitrag, festgesetzt werden.

Nach der alten Gesetzeslage (bis 20.06.2019) sind Aussetzungszinsen vom Zeitpunkt des Aussetzungsbescheides bis zum Zahlungseingang mit **0,5 %** je vollen Monat auf den auf volle 50 Euro abgerundeten Abgabebetrag festgesetzt worden.

Nach der Änderung des § 12 Abs. 1 Nr. 5 Buchstabe b KAG Brandenburg (ab 21.06.2019) gelten die §§ 238 bis § 240 AO mit der Maßgabe, dass die Höhe der Zinsen abweichend von § 238 Abs. 1 S. 1 nunmehr 2%-Punkte über dem Basiszinssatz nach § 247 BGB jährlich beträgt. Daraus ergibt sich, dass der Erhebungszeitraum für die noch festzusetzenden Zinsbescheide unterschiedlich berechnet werden muss.

- a. Erhebungszeitraum bis 20.06.2019: **0,5 % je vollen Monat**
- b. Erhebungszeitpunkt ab 21.06.2019: **2 %-Punkte über dem Basiszinssatz
nach § 247 BGB jährlich**

2. Säumniszuschläge:

Rechtsgrundlage für die Erhebung von Säumniszuschlägen ist § 12 Abs. 1 Nr. 5 KAG i. V. m. § 240 AO. Wird ein Beitrag nicht bis zum Ablauf des Fälligkeitstages entrichtet, so ist gemäß § 240 der Abgabenordnung (AO) für jeden angefangenen Monat der Säumnis ein Säumniszuschlag von 1 % des abgerundeten rückständigen Betrages zu entrichten.

Die Änderung des KAG hinsichtlich § 238 AO hat nach Rücksprache mit der Kommunalaufsicht keine Auswirkungen auf die Höhe der Säumniszuschläge, sodass diese weiterhin 1 % für jeden angefangenen Monat der Säumnis betragen.

III. Ermessenserwägungen / Rechtsfolgen:

Bei der Festsetzung von Aussetzungszinsen hat der WAZV „Der Teltow“ nach dem Wortlaut des § 237 Abs. 1 Satz 1 AO („ist zu verzinsen“) grundsätzlich **kein Ermessen**.

Sinn und Zweck der in § 237 AO enthaltenen gesetzlichen Regelung der Verzinsungspflicht ist es, den Nutzungsvorteil wenigstens zum Teil abzuschöpfen, den der Abgabenschuldner dadurch erhält, dass er während der Dauer der Aussetzung über eine Geldsumme verfügen kann, die „an sich“ dem WAZV zusteht.

Für den Regelfall ist die Festsetzung von Aussetzungszinsen als automatische Folge des Ausgangs des Rechtsbehelfsverfahrens anzusehen, sodass nur **in besonders begründeten Einzelfällen aus Billigkeitsgründen nach § 227 AO** Aussetzungszinsen erlassen werden können.